

BEANSTANDUNG

Schweiz Aktuell: Geschlechtsangleichung – Eltern kritisieren Zürcher Institutionen vom 17.1.2024

Wir beanstanden die Reportage, da sie durch Auslassungen, Zuspitzungen und Framing den Eindruck erzeugt, dass trans Jugendliche in der KJPP (oder vielleicht generell) falsch und zu schnell behandelt würden. Aussagen werden weder fachlich eingeordnet noch hinterfragt, sondern skandalisiert. Positive Beispiele von Jugendlichen und Eltern, die die Begleitung als sorgfältig erleben – in der Realität die grosse Mehrheit – kommen gar nicht vor. Durch diese einseitige und skandalisierende Darstellung wird die Behandlung von trans Jugendlichen nicht sachgerecht dargestellt, es wird dem Publikum eine falsche Schlussfolgerung nahegelegt.

8:00 Moderation: „Geäussert haben die Vorwürfe Eltern von betroffenen Jugendlichen in einem Brief an die Gesundheitsdirektion vom Kanton.“

Die Moderatorin erwähnt nicht, dass es sich bei der Elterngruppe um eine Gruppe des Vereins AMQG/AUFG handelt. Die Tatsache, dass die bei der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich eingereichte Beschwerde von AMQG/AUFG kommt, einem Verein, der international vernetzt ist und politisch gegen die Behandlung von trans Jugendlichen engagiert ist, wäre jedoch relevant, um die Beschwerde, die Kern des Beitrags ist, einordnen zu können. Ebenso bleibt offen, ob diese Beschwerde nur die Sicht der Eltern wiedergibt oder ob deren Jugendliche – um deren Gesundheitsversorgung es geht - diese Vorwürfe gleichermaßen erheben würden. Denn die Erfahrung zeigt, dass trans Jugendliche sehr zufrieden sein können mit einer Behandlung, welche von ihren Eltern oder einem Elternteil abgelehnt wird.

Die Aussage, es seien Eltern von „betroffenen“ Jugendlichen, suggeriert, dass es nicht Eltern von trans Jugendlichen sind, sondern von Jugendlichen, die von unsorgfältigen Abklärungen betroffen seien. Ob dies der Fall ist, die Vorwürfe der Eltern stimmen und von den Jugendlichen gestützt würden, wird jedoch im ganzen Beitrag nicht belegt.

8:37 „...aber beim ersten Termin mit der Psychotherapeutin, bei dem sie dabei sein durfte, sei es schon um medizinische Massnahmen gegangen“

8: 52 O-Ton Frau M.: „aber im ersten Gespräch ist das Thema gewesen, Hormontherapie fangen wir an, sobald ich denke, es ist soweit.“

Frau M. als Mutter hat Erwartungen und viele Fragen, das ist verständlich. Jedoch ist es rechtlich gesehen der Entscheid ihrer Jugendlichen, ob die Mutter dabei sein darf oder nicht. Dass am KJPP die Eltern selbstverständlich und standardmässig einbezogen und ebenfalls begleitet werden, geht somit über den rechtlichen Rahmen hinaus, zu Gunsten der Eltern.

Die Journalistin erzeugt den Eindruck, es sei falsch und zu schnell, in einer ersten Sitzung über medizinische Möglichkeiten zu informieren. Die Tatsache, dass der Mutter der Beginn einer Hormontherapie für ihr Kind in Aussicht gestellt wurde, wird als druckerzeugend und falsch hingestellt, obwohl die Mutter sagt, dass erst begonnen wird, wenn sie selbst soweit ist. Eine fachliche Einordnung dieses Erstgesprächs findet nicht statt.

Tatsächlich kann insbesondere die Situation eines trans Mädchens zu Beginn der Pubertät eine Drucksituation für alle Beteiligten erzeugen: Zuwarten führt in eine irreversible männliche Pubertät, Pubertätsblocker haben Nebenwirkungen, wie jedes Medikament. Diesen Druck der Institution anzulasten ist falsch und unreflektiert. Die Geschichte der Mutter zeigt ja, dass sie und ihr Kind das Angebot ausschlagen konnten, weil ihr Kind schliesslich keine Behandlung in Anspruch nahm.

9:10 „Sie ist Teil einer Elterngruppe, die mehrere Zürcher Institutionen im Umgang mit jungen trans Personen kritisiert.“

Aus dem Online-Beitrag zur Reportage <https://www.srf.ch/news/gesellschaft/transgender-trans-op-wie-aus-meli-andre-wurde-und-wieder-meli> wissen wir, dass diese Elterngruppe der hochproblematische Verein AMQG/AUFG ist, der sich gegen die Behandlung von trans Jugendlichen engagiert. Er hat den Brief koordiniert (wenn nicht gar initiiert) und ist Absender des Briefes. Das wird im Fernsehbeitrag jedoch an keiner Stelle erwähnt, ist für die Einordnung aber unerlässlich, da es sich nicht einfach um besorgte Eltern handelt, wie der Beitrag suggeriert, sondern um eine Lobbyorganisation mit politischer Agenda.

9:23 „Die Kinder wissen nichts davon. Die Eltern bleiben anonym, wollen so die Beziehung zu ihren Kindern schützen.“

Es findet keine Einordnung der Aussage, man wolle die Beziehung zu den Kindern schützen, statt. Der Verein hinter der Elterngruppe wird wieder nicht genannt. Es sind Treffen, bei denen Eltern sich gegenseitig bestärken, ihre Kinder nicht auf ihrem Trans-Weg zu unterstützen. Diese Eltern (das wissen wir aus dem Rundschau-Beitrag vom 17.1. zum selben Thema) möchten ihre Kinder nicht mit deren selbstgewählten Namen ansprechen und sie möchten nicht, dass die Kinder medizinische Behandlungen erhalten. Konkrete junge Menschen, die sich für eine bestimmte Massnahme, sei es eine Hormontherapie oder eine Operation oder auch nur Pubertätsblockade, entschieden haben, werden von Eltern, die meinen, es besser zu wissen, alleingelassen oder abgehalten von einer medizinisch indizierten Behandlung. Die Eltern diskreditieren die gesamte medizinische Forschung der letzten Jahrzehnte, anstatt sich mit ihren eigenen, durchaus nachvollziehbaren, Ängsten und Sorgen auseinanderzusetzen und sich aktuelle Informationen zum Thema Geschlechtsinkongruenz zu beschaffen. Die Sicht der Kinder dieser Eltern wird im Beitrag ausgeblendet. Nicht einmal von dem Kind der interviewten Frau M. wissen wir, ob es die Kritik der Mutter teilt oder nicht. Diese Auslassung ist äusserst auffällig und müsste von der Journalistin hinterfragt werden. Unsere eigene Beratungserfahrung zeigt denn auch: Es gibt die Kinder (respektive Jugendliche) von Eltern, die öffentlich unsorgfältiges Handeln anprangern, die mit der Behandlung zufrieden sind und die Kritik ihrer Eltern keineswegs teilen.

9:30 O-Ton anonym: „Innerhalb von 40 Minuten ist die Diagnose gestellt worden.“

Das Framing des anonymen Elternteils als viel zu schnell wird übernommen: Es wird nicht hinterfragt, wie lange die jugendliche Person sich bereits mit ihrer Geschlechtsidentität auseinandergesetzt hat oder wie alt die Person war. Typischerweise vergehen zwischen dem inneren Coming-out (also dem Moment, in dem sich eine Person bewusst wird, dass sie trans ist) und dem äusseren Coming-out (wenn sie es ihrem Umfeld mitteilt) mehrere Monate oder Jahre. Dadurch ergibt sich eine Kluft zwischen den Wünschen und Erwartungen der Kinder und der Wahrnehmung der Eltern in einer ersten Sprechstunde, weil die Kinder in ihrem Prozess bereits weiter sind. Auch ist die Diagnose „Geschlechtsinkongruenz“ nicht gleichbedeutend mit einer Behandlungsindikation.

Die Diagnose „Geschlechtsinkongruenz“ wird seit einigen Jahren auf Basis der Selbstauskunft einer Person gestellt. Aufgabe der psychologisch/psychiatrischen Fachperson ist lediglich, auszuschliessen, dass die Person aufgrund einer schweren Psychopathologie nicht in der Lage ist, ihre eigene Geschlechtsidentität korrekt zu beurteilen, was allerdings sehr selten vorkommt. In Fällen, in denen sich Menschen über ihre Identität noch unsicher sind, bedarf die Diagnosestellung eines längeren Prozesses. In sehr vielen Fällen sind sich Personen, die sich an eine Sprechstunde oder Beratungsstelle wenden, aber bereits sehr sicher über ihre Geschlechtsidentität. In diesen Fällen ist es nicht übereilt, die Diagnose direkt zu stellen, wenn es keine Hinweise auf eine schwere Psychopathologie gibt. Und in einem solchen Fall ist es ebenfalls korrekt, der Person anzubieten, sie mit einem Namen anzusprechen, der zu ihrer Geschlechtsidentität passt.

9:50 O-Ton Cedric: „Beim ersten Gespräch sind schon Pubertätsblocker das Thema gewesen und ... man hat gesagt man müsste vorwärts machen. So schnell wie möglich Pubertätsblocker, um den Stimmbruch zu verhindern.“

Pubertätsblocker sind eine reversible Behandlung. Der Beitrag unterscheidet nicht zwischen reversiblen und irreversiblen Behandlungen, erklärt nicht den Grund, warum es wichtig und richtig ist, in gewissen Fällen zeitig über Pubertätsblocker zu informieren: Dass der Zeitdruck nicht von der Medizin, sondern der körperlichen Pubertät herrührt. Eine Jugendliche kurz vor dem (irreversiblen) Stimmbruch nicht über die Möglichkeit von Pubertätsblockern zu informieren, wäre fachlich sehr viel kritischer zu beurteilen als diese Informationen zu geben. Informieren bedeutet die Möglichkeit zu einer autonomen Entscheidung zu geben, nicht aber die Einleitung einer Behandlung. Informieren über Möglichkeiten gehört zu den Berufspflichten der Fachpersonen und je früher dies passiert, umso mehr Bedenkzeit haben die Betroffenen. Auch hier fehlt dem Beitrag jede fachliche Einordnung.

10:35 „Sie stelle keine zu schnelle Diagnose.“ Anschliessend O-Ton Dr. Pauli: „Nein, wir machen das nicht nach einer Sitzung, es kann höchstens sein, dass man nach einer Sitzung schon einmal informiert...“ Es wird der Eindruck erweckt, Dr. Pauli spreche über die Diagnose (dann würde sie lügen, wenn die Eltern die Wahrheit sagen). Pauli spricht aber offenbar über Behandlungsvorschläge und -indikationen.

11:00 O-Ton Dr. Pauli: „Was wir nie machen, ist irgendwelche medizinische Behandlungen ohne Einverständnis der Sorgeberechtigten.“

Urteilsfähige Minderjährige dürfen nicht nur selbständig in medizinische Behandlungen einwilligen, sie müssen dies nach Schweizer Recht (Art. 19c ZGB) auch – das Einverständnis der Sorgeberechtigten dürfte für eine Behandlung nicht vorausgesetzt werden. Das heisst, am KJPP wird noch sorgfältiger vorgegangen und die Eltern deutlich weiter einbezogen, als rechtlich vorgesehen. Dies wäre eine relevante Einordnung, die jedoch nicht erfolgt.

12: 06 „Zur Geschlechtsangleichung bei ihrem Kind ist es nie gekommen. Es erzählt uns, es sei froh, keine Hormone genommen zu haben.“

Eine Person kommt zu einer Abklärung, bekommt Möglichkeiten der Behandlung vorgestellt und entscheidet sich dagegen. Das ist im Grunde keine Geschichte und schon gar kein Skandal. Die Reportage macht daraus und aus Vorwürfen einer zweifelhaften Organisation einen Skandal.

Wenn überhaupt über diesen Vorwurf berichtet werden muss, wäre es Aufgabe der Medien, das Vorgehen dieser Elterngruppe sachlich korrekt einzuordnen – und dadurch zu entlarven als Angriff auf das Recht auf Gesundheit von trans Jugendlichen. Die Reportage leistet hingegen einen Beitrag zu einer von einer Dritten (AMQG/AUFG) angestrebten diskriminierenden Grundrechtsverletzung.

Transgender Network Switzerland

www.tgns.ch

Der Verein Transgender Network Switzerland, kurz TGNS, ist die 2010 gegründete schweizweite Organisation von und für trans Menschen. TGNS bezweckt auf nationaler Ebene die Interessenvertretung und die Vernetzung von einzelnen trans Menschen, ihren lokalen Gruppierungen und Organisationen. Dazu stehen wir auch Medien und Öffentlichkeit mit Fachwissen und Erfahrung gerne zur Seite. Als Fachpersonen sehen wir Information und Unterstützung von trans Menschen und ihrem Umfeld als weitere wichtige Aufgabe.